

Das Dokument

3. Deutsch-Französischer Ministerrat

EU-Verfassung im Juni, Industriepolitik vertagt

Paris, 13. Mai 2004¹

Staatspräsident Jacques Chirac bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Gerhard Schröder im Anschluss an den deutsch-französischen Ministerrat (Auszüge):

„[...] Wir haben, insbesondere anhand des Berichtes unserer Außenminister, die Lage vor dem nächsten Europäischen Rat besprochen, der, wie wir hoffen, die Reform unserer Institutionen, das heißt die Verfassung, verabschiedet wird. Wir denken, es ist möglich und wünschenswert, dass diese Entscheidung anlässlich des Rates vom 17. und 18. Juni unter irischer Präsidentschaft fällt. Wir haben eine gemeinsame Haltung zu allen Themen und vertrauen der hervorragenden irischen Präsidentschaft, dass sie die Modalitäten findet, um eine Einigung beim kommenden Rat zu erreichen. Dieses gemeinsame Vorgehen, auch über die Verfassung hinaus, bringt uns zu identischen Herangehensweisen bezüglich anderer Probleme, die sich stellen werden, insbesondere bei der finanziellen Vorausschau der Union für 2007 bis 2013 und auch bei den verschiedenen Beitrittskandidaturen, über die beim Europäischen Rat entschieden wird.

Selbstverständlich sprachen wir auch über internationale Angelegenheiten. Über die Lage in Irak sind wir, genau wie die restliche Welt, sehr besorgt. Auch hier arbeiten wir außenpolitisch eng zusammen, um insbesondere im UN-Sicherheitsrat einen gemeinsamen Vorschlag zu machen, wenn die Beratungen über den Irak beginnen. Auch im Nahen Osten, in Afghanistan oder auf dem Balkan stimmen unsere Herangehensweisen überein. In all diesen Bereichen ist unsere Außenpolitik voll aufeinander abgestimmt. Im Bereich Sicherheit und Verteidigung wurde unserer Zusammenarbeit, insbesondere was gemeinsame Einsätze betrifft,

neuer Schwung verliehen durch den bevorstehenden Einsatz der deutsch-französischen Brigade und des Eurokorps in Afghanistan oder auch durch die militärische Zusammenarbeit für die gemeinsame Ausbildung unserer Soldaten im Rahmen großer gemeinsamer Projekte wie beim Airbus A 400 M oder dem Hubschrauber vom Typ „Tiger“. Wir begrüßen die zunehmende Übereinstimmung der Haltungen all unserer Partner in Europa bei der Entwicklung der gemeinsamen Verteidigungspolitik. [...] In diesem Sinne hoffen wir, dass die Vorschläge, die Javier Solana zur Umsetzung der Entscheidungen des Europäischen Rates vom vergangenen Dezember gemacht hat, schnell angenommen werden.

Darüber hinaus haben wir die wirtschaftlichen und sozialen Reformen angesprochen. Europa macht seit drei Jahren mit den zwangsläufigen Konsequenzen für die Gesellschaft die größte Wirtschaftskrise der vergangenen 60 Jahre durch. Diese Konsequenzen sind in all unseren Ländern, vor allem aber in Deutschland und Frankreich, spürbar. Heute sehen wir, dass die Maßnahmen, die auf beiden Seiten des Rheins ergriffen wurden, trotz ihrer Härte und trotz der bisweilen erfolgten Kritiken wahrscheinlich sehr positiv für einen wirtschaftlichen Aufschwung sind. Alle Beobachter und Spezialisten sind sich heute einig, dass der Aufschwung normalerweise in den kommenden Monaten erfolgen müsste. In dieser Hinsicht sollten wir uns also weiterhin abstimmen und möglichst kohärent bei unseren wirtschaftlichen und sozialen Reformen sein, damit wir das zurückkehrende Wachstum und natürlich die Beschäftigung – eines unserer größten Anliegen – stärken.

Schließlich haben wir über sozusagen alltägliche Angelegenheiten gesprochen, insbesondere wie man es den Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands und Frank-

¹ Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder. Quelle: Französische Botschaft, veröffentlicht am 14.5.2004.

reichs erleichtern kann, im jeweils anderen Land zu leben und zu arbeiten. Hier wurden bereits bedeutende Fortschritte gemacht, es muss aber noch mehr geschehen. Es gibt noch Schwierigkeiten, und wir sind voll und ganz entschlossen, diese zu beseitigen. Das ist eines der Ziele unserer Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Hans Martin Bury und Claudie Haigeneré, für den nächsten Ministerrat. Auch im Hinblick auf den nächsten Rat stellten wir fest, dass es in der positiven Entwicklung unserer Beziehung, die lebenswichtig für das künftige Europa ist, doch eine Schwachstelle gibt: eine schwierige Angelegenheit, nämlich die Sprache. Es steht fest, dass wir hier nicht vorankommen, wie wir es sollten, und dass diese Barriere letztendlich die einzige zwischen Deutschland und Frankreich bleiben wird. Dies ist ärgerlich, und deswegen müssen wir Mittel finden, um diese Barriere zu überwinden. Es wurde der Vorschlag gemacht, dass jeder deutsche und jeder französische Jugendliche schon sehr früh dazu angehalten wird, zwei Fremdsprachen zu erlernen, was zweifellos das Erlernen des Französischen in Deutschland und des Deutschen in Frankreich erleichtern würde. Es gibt wohl noch zahlreiche andere Initiativen, um das Erlernen unserer Sprachen auf der jeweils anderen Seite des Rheins leichter zu gestalten, und wir haben unsere zuständigen Mitarbeiter und Ministerien gebeten, daraus einen Hauptpunkt des nächsten Ministerrates in einigen Monaten zu machen. Das waren im Großen und Ganzen die Themen dieses Vormittags. Ich übergebe dem Bundeskanzler das Wort und stehe dann für Fragen zur Verfügung.

[...] Zur Veröffentlichung der Bilder über Folterungen in Irak: Die Bilder lösen bei uns natürlich Entsetzen und Empörung aus, genauso wie die unvorstellbar grausame Tat, die gestern Abend auf zahlreichen Kanälen gezeigt wurde – die Enthauptung eines jungen Amerikaners. Wir haben beide klar ausgedrückt, was wir von all dem halten. Die Folterungen, die einige Iraker erleiden mussten, verurteilen wir. Wir dachten, diese Zeiten wären vorbei und die internationalen Verpflichtungen würden von allen anerkannt und angewendet. Aber auch unsere amerikanischen Freunde verurteilen diese Taten und haben Prozesse ausgelöst, um diese zu bestrafen. In dieser Hinsicht können wir sie natürlich nur unterstützen.

Zur Schaffung großer Industriekonzerne in Europa: Es handelt sich hier um ein Thema, das private Unternehmen betrifft, also ist es weder Sache der französischen noch der deutschen Regierung, eine Meinung

oder eine Lösung aufzudrängen. Es kam in dieser Sache tatsächlich zu Kritik, was ich meinerseits sehr bedauert habe. Denn wenn Kritik laut wird, bedeutet das immer einen Beginn von Wahrheit. Sie entsteht nicht einfach so. Was Sanofi betrifft, werde ich die Initiative und den Ablauf der Dinge nicht kommentieren. Ich denke, dass die Sache heute geklärt ist und keine Kritik mehr angebracht ist. Die Einigung, die schließlich erfolgte, entsprach so gut wie möglich den deutschen und den französischen Interessen. [...]

Natürlich haben wir auch über Alstom gesprochen. Auch hier kann ich keine Lösung vorwegnehmen, noch dazu, wo die Entscheidung nicht von Deutschland oder Frankreich, sondern größtenteils auch von Brüssel getroffen werden muss. Derzeit finden zwischen Finanzminister Nicolas Sarkozy und dem zuständigen Europakommissar, Herrn Monti, Verhandlungen statt. Ständiger Kontakt besteht auch zwischen Nicolas Sarkozy und dem deutschen Wirtschaftsminister, Herrn Clement, und auf Ebene sachkundiger Persönlichkeiten in beiden Ländern. Frankreich ist für alle Partnerschaften, vorausgesetzt, sie sind gleichberechtigt. Wir sind uns bewusst, dass das deutsch-französische Zusammengehen zwangsläufig auch die Industrie betrifft. Industrielle Angelegenheiten dürfen bei dieser Politik des Zusammengehens nicht fehlen. Deswegen treffen wir uns auch immer häufiger. Vor Monatsende oder am Monatsende werden Premierminister Raffarin und Industrieminister Sarkozy in Berlin mit Bundeskanzler Schröder und Wirtschaftsminister Clement sprechen, um für die Zukunft die besten politischen Bedingungen zu schaffen. Ich spreche nicht von Eingriffen in wirtschaftliche Angelegenheiten, was Sache der Industrie ist, sondern von der Schaffung besserer Konditionen, um den politischen Rahmen zu schaffen, der die Entwicklung von führenden Unternehmen ermöglicht, die das künftige Europa braucht und von denen Deutschland und Frankreich gemeinsam einige stellen können. Falls die Europäische Verfassung nicht verabschiedet wird: Natürlich haben wir auch darüber gesprochen. Wir denken nicht, dass sich eine solche Situation einstellen wird, aber man darf nichts ausschließen. Im Anhang des Verfassungsentwurfes heißt es, dass in diesem Fall bereits ein Untersuchungsverfahren auf Ebene des Europäischen Rates vorgesehen ist. Wir kennen solche Fälle bereits aus der Vergangenheit, und es wurde immer eine Lösung gefunden. Wenn es also soweit kommt, werden wir im Rahmen dieses Verfahrens sehen, was zu tun ist. [...]"